

COP29

DEBRIEF



Überblick

Die aktuellen geopolitischen Konfliktkonstellationen prägten auch die COP29 in Baku:

Zum einen ging es auf der Weltklimakonferenz um das neue Klimafinanzierungsziel (New Collective Quantified Goal on Climate Finance, NCQG). Ziel ist es, den besonders armen Entwicklungsländern und dort vor allem den ärmsten Menschen eine schnelle, wirkungsvolle und bezahlbare Unterstützung zu bieten, damit sie ihre Entwicklungsbedürfnisse unabhängig von fossilen Energieträgern decken können. Die Menschen in diesen Ländern müssen sich aber auch an die Folgen des Klimawandels anpassen und sich vor Wetterextremen schützen, die immer häufiger und heftiger auftreten. Dies erfordert zusätzlich eine Unterstützung bei der Bewältigung der dadurch entstehenden Verluste und Schäden. Auf der COP wurden diese Fragen in einer weltpolitischen Lage diskutiert, in der Regierungen die Verantwortung für andere in der Welt zunehmend an den Rand drängen.

Zum anderen galt es, den zentralen Erfolg der COP28 zu verteidigen und zu konkretisieren: gemeinsam das Runterfahren der fossilen Energien voranzutreiben. Insbesondere Saudi-Arabien hat, teilweise mit Unterstützung von Russland, versucht, Fortschritte im Klimaschutz zu verhindern. Dabei erhielt es auch immer wieder prozedural sehr einseitigen Rückhalt von der COP-Präsidentschaft Aserbaidschan. Am Ende legte die Präsidentschaft sogar einen Vorschlag voller Rückschritte vor – gegen den mehrheitlichen Willen der Staaten. Einige der existenziell vom Klima bedrohten Länder zogen daraufhin die Notbremse: Der Textvorschlag wurde abgelehnt und soll beim nächsten Klimagipfel neu verhandelt werden.

Das Ergebnis der COP29 von Baku löst daher sehr gemischte Gefühle aus. Angesichts der nach wie vor ungelösten existenziellen Herausforderungen ist dies kaum überraschend. In dieser entscheidenden Dekade wurde die Finanzierung von Klimaschutz und Anpassung in den ärmeren Ländern nicht annähernd im

notwendigen Maße angeschoben. Für 80 Prozent der benötigten Gelder fehlten am Ende der Konferenz die Zusagen. Zudem war die Anpassungsfinanzierung nicht klar abgesichert, ganz zu schweigen von der Finanzierung von Verlusten und Schäden. Nach zähen Verhandlungen konnte man sich schließlich auf ein neues Klimafinanzierungsziel von mindestens 300 Milliarden US-Dollar jährlich einigen, das spätestens 2035 erstmals vollständig erreicht werden soll.

Die Hauptverantwortung dafür wird bei den traditionellen Gebern – also den Industrienationen – liegen, aber auch neue Geber sollen ihren Beitrag leisten. Die vereinbarte Summe entspricht jedoch nicht dem tatsächlichen Bedarf der verletzlichen Länder. Leider haben viele Finanzministerien noch nicht verstanden, dass Klimafinanzierung keine milde Gabe ist. Zudem gilt: Jeder Euro, der für Klimaschutz und -anpassung ausgegeben wird, ist gut investiert, denn er spart ein Vielfaches an Schäden. Im nächsten Jahr sollen die Regierungen einen Fahrplan beschließen, wie ihnen bis 2035 das Aufstocken auf 1,3 Billionen Dollar gelingen kann. Dabei sollen auch innovative Finanzinstrumente wie Abgaben auf den internationalen Flug- und Schiffsverkehr vorgebracht werden.

Mit Erleichterung wurde dagegen aufgenommen, dass sich der COP-Abschluss trotz der zunehmend schwierigen weltpolitischen Lage auf mehr, wenn auch nicht ausreichende, multilaterale Dynamik einigen konnte. Die Zustimmung vieler Entwicklungsländer zu einem für sie enttäuschenden Ergebnis war aber vor allem der Einschätzung geschuldet, dass die politische Bereitschaft zum Wandel 2026 noch geringer ausfallen dürfte. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass Süd und Nord grundsätzlich das gemeinsam Erreichte verteidigen müssen, insbesondere den Fahrplan für die Aufstockung.

Für das Weltklima und die politische Stimmung zwischen Süd und Nord ist jetzt ein ernsthafter und schneller Start in eine bessere Finanzierung entscheidend. Dieser muss den Umsetzungsplänen für die Klimaziele (NDCs) und den Anpassungsplänen (NAPs) der Entwicklungsländer zugutekommen. Darüber hinaus sollte die Staatengemeinschaft im nächsten Jahr zeigen, dass sie den angepeilten Aufstockungsprozess tatsächlich in Gang bringt.

Die COP-Präsidentschaft Aserbaidschan wurde der Aufgabe, als Vermittler und Richtungsgeber die Konferenz zu einem guten Ergebnis zu führen, nicht gerecht. Denn das Vorgehen war intransparent, nicht inklusiv und ignorant gegenüber den Belangen der besonders verwundbaren Ländergruppen. Bereits vor der COP gab es erhebliche menschenrechtliche Bedenken bezüglich der Eignung des autoritären Staates als Gastgeber. So unterdrückt Aserbaidschan seit langem nachweislich Medien und Zivilgesellschaft. Außerdem hat das Land die Bedingung für die COP-Präsidentschaft, einen Friedensvertrag mit Armenien zu schließen, bis heute nicht erfüllt. Die Klimarahmenkonvention (United Framework Convention on Climate Change - UNFCCC) sollte deshalb zukünftig folgende klare völkerrechtliche Kriterien für COP-Gastgeber festlegen:

- Keine offensichtliche Missachtung der Ziele des völkerrechtlich bindenden Pariser Abkommens.
- Schutz der Menschenrechte aller COP-Teilnehmenden und derjenigen, die Klimaschutzforderungen an die internationale Staatengemeinschaft oder ihren eigenen Staat richten.
- Protestmöglichkeiten für die internationale und nationale Zivilgesellschaft nicht nur in der Blue Zone, sondern mindestens auch in der Green Zone, und zwar ohne Repressionen – weder vor Ort noch rückwirkend.

Die Verfügbarkeit erheblicher Finanzmittel sollte dagegen kein Kriterium für die Übernahme einer COP-Präsidentschaft sein. Wenn kleinere, ambitionierte Staaten eine COP ausrichten wollen, sollten sie entsprechend unterstützt werden – so wie es 2017 bei der COP in Bonn geschehen ist, die von Fidschi ausgerichtet wurde.

Verhandlungsthemen

1. Klimafinanzierung

Neues Klimafinanzierungsziel

Nach drei Jahren intensiver Verhandlungen steht nun das neue Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 (NCQG) fest. Lange wurde nicht über eine neue Zahl gesprochen, denn die Industrieländer stiegen erst spät hinter verschlossenen Türen in richtige Verhandlungen dazu ein. Viele Akteure nahmen die zugesagte Mindestsumme von 300 Milliarden US-Dollar in 2025 als große Enttäuschung wahr, da sie weit hinter den Bedürfnissen der Entwicklungsländer zurückbleibt. Allerdings wurde das langfristige Ziel von 1,3 Billionen US-Dollar an Finanzflüssen für Entwicklungsländer bis 2035 vereinbart, was den genannten Bedarfen näherkommt. Wichtig ist, dass alle Akteure dazu beitragen. Es gibt auch klare Lichtblicke in der Entscheidung: Das Ergebnis enthält viele qualitative Fortschritte, darunter bessere Zugangsmechanismen zur Klimafinanzierung. Zudem soll 2025 ein Fahrplan entwickelt werden, um das große Ziel von 1,3 Billionen US-Dollar zu erreichen.

Nächste Schritte



Die nächsten Schritte im Fahrplan auf dem Weg zu 1,3 Billionen US-Dollar liegen nun in der Verantwortung der brasilianischen Präsidentschaft. Entscheidend ist, dass es nicht bei einem Bericht bleibt, sondern dass konkrete Maßnahmen zur Umsetzung folgen. Insbesondere für die Anpassungsfinanzierung sowie für den Umgang mit Schäden und Verlusten müssen schnell neue Wege gefunden werden, die eine Aufstockung der Mittel ermöglichen. Der Fahrplan bietet die Chance, zentrale Themen wie Abgaben nach dem Verursacherprinzip, den Zusammenhang zwischen Verschuldung und Klima sowie innovative Finanzinstrumente zu vertiefen.



Die qualitativen Fortschritte müssen schnell konkretisiert und umgesetzt werden, vor allem beim Zugang zur Klimafinanzierung. In Zeiten begrenzter Gelder kann dies auch die Effektivität und Effizienz der Klimafinanzierungsmittel steigern. Zudem könnte in 2025 die Debatte über ein eigenes Ziel für die Anpassungsfinanzierung neu aufleben, um eine langfristige Unterstützung sicherzustellen. Denn Zielvorgaben haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie Mittel wirksam in die entsprechenden Richtungen lenken können.



Angesichts der geopolitischen Herausforderungen und der Kürzungen vieler Geberländer bei der Entwicklungs- und potentiell auch Klimafinanzierung muss die Klimafinanzierung breiter in wirtschaftliche und sicherheitspolitische Debatten integriert werden. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Klimafinanzierung nicht noch weiter unter Druck gerät, sondern entsprechend dem globalen Bedarf wächst.

2. Emissionsminderung und gerechter Übergang

EMISSIONSMINDERUNG

United Arab Emirates Dialogue

COP29 – die erste Klimakonferenz nach der globalen Bestandsaufnahme (GST) – sollte die Umsetzung der GST-Ergebnisse beschleunigen und das ehrgeizige Energiepaket von COP28 (§28, 1/CMA.5) in konkrete Maßnahmen übersetzen. Doch die Verhandlungen gerieten ins Stocken, blockiert von den Like-Minded Developing Countries (LMDC) und der Arabischen Verhandlungsgruppe. Saudi-Arabien setzte sich für die Aufnahme von „Übergangsbrennstoffen“ in den Text ein und blockierte gleichzeitig die Bestätigung zentraler globaler Ziele, wie die Verdreifachung der Kapazitäten für erneuerbare Energien und den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen. Angesichts dieser Rückschläge beschlossen progressive Gruppen, die Verhandlungen scheitern zu lassen, um Rückschritte gegenüber dem in Dubai erzielten Konsens zu verhindern.

Nächste Schritte

Die Verhandlungen zum UAE-Dialog werden bei den Zwischenverhandlungen in Bonn wieder aufgenommen, um auf technischer Ebene eine Entscheidung für die COP30 in Belém vorzubereiten. Dort müssen die Verhandlungsparteien klare und ambitionierte Signale senden, die:

- die Rolle aller Vertragsparteien bei der Umsetzung der GST-Ergebnisse und des COP28-Energiepakets bekräftigen,
- einen gerechten und fairen Ausstieg aus fossilen Brennstoffen in allen Sektoren verpflichtend machen,
- einen sofortigen Stopp neuer Kohle-, Öl- und Gasprojekte sowie die Abschaffung fossiler Subventionen umsetzen,
- und den Ausbau von Netz-Infrastruktur und Speicherkapazitäten vorantreiben.

Mitigation Work Programme (MWP)

Das MWP ist aufgrund von Streitigkeiten über sein Mandat weiterhin blockiert. Auch auf der COP29 konnten keine wesentlichen Fortschritte erzielt werden, da Saudi-Arabien, China und Indien zentrale Vorschläge zur Umsetzung klimarelevanter Elemente des GST (§18–42) und zur Abgabe politischer Signale für 1,5-Grad-kompatible Nationale Klimabeiträge (NDCs) abgelehnt haben.

Nächste Schritte

Angesichts der festgefahrenen Verhandlungsdynamik sollten pragmatische Ansätze, wie die Plattformen Globale Dialoge und investitionsorientierte Events, im Vordergrund stehen. Solche Formate können – auch ohne starke politische Signale – greifbaren Fortschritt ermöglichen:

➤ **Globale Dialoge:** Die Dialoge sollten gezielt genutzt werden, um die Umsetzung der klimarelevanten Elemente des GST (§18–42) voranzutreiben. Sie bietet eine wichtige Gelegenheit, den Austausch zwischen den Vertragsparteien zu fördern und praktische Lösungen, bewährte Verfahren und Erfahrungen zu teilen. Der neue thematische Schwerpunkt der Globalen Dialoge für 2025 sind der Forst und Abfallsektor.

➤ **Investitionsfokus:** Die investitionsorientierten Events müssen zu einer effektiven Plattform weiterentwickelt werden, die den Zugang zu finanziellen Ressourcen wie Zuschüssen, Krediten und Investitionen erleichtert (§11(d), 1/CMA.6). Ziel ist es, Ländern die notwendigen Mittel bereitzustellen, um die klima-relevanten GST-Elemente erfolgreich umzusetzen.

➤ **Rückbesinnung auf das MWP-Mandat:** Die technischen Verhandlungen bei den Zwischenverhandlungen in Bonn sollten sich darauf konzentrieren, wie die Globalen Dialoge und investitionsorientierte Events gezielt verbessert werden können, um die Vertragsparteien effektiv bei der Umsetzung der GST-Elemente (§18–42) zu unterstützen.

NEUE NATIONALE KLIMAZIELE

Gemäß dem Pariser Klimaabkommen ist jedes Land verpflichtet, alle fünf Jahre neue nationale Klimaziele (englisch: Nationally Determined Contributions, NDCs) vorzulegen. Für die Begrenzung der Klimakrise sind diese Ziele entscheidend, allerdings reichen die bisherigen Ziele bei weitem nicht aus. Laut dem NDC Syntheseberichtes, der vor der COP29 veröffentlicht wurde, würde die Umsetzung aller NDCs zu einer Treibhausgasreduktion von nur 2,6 Prozent bis 2030 im Vergleich zu 2019 führen. Dies ist weit entfernt von den 43 Prozent, die vom Zwischenstaatlichen Sachverständigenrat für Klimaänderungen (englisch: Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) genannt werden, und hätte katastrophale Folgen für die Menschheit. Die COP29 hätte daher dringend neue Impulse für ambitioniertere nationale Klimaziele geben müssen, doch leider hat sie dieses Ziel zum größten Teil verfehlt.

Neben der bereits erwähnten Blockade bei der Umsetzung des GST und der Arbeit am Mitigation Work Programme sind auch die Verhandlungen über die Bestandteile der nationalen Klimaziele, die sogenannten NDC Features, ins Stocken geraten und auf 2026 verschoben worden. Damit gibt es keinen Fortschritt bei der Vergleichbarkeit und Transparenz der NDCs. Auch bei der Präsentation neuer Klimaziele fehlte es an Dynamik. Brasilien stellte zwar ambitionierte Ziele vor, plant aber deren Umsetzung zu langsam und klammert den Ausbau fossiler Infrastruktur aus. Ein Lichtblick war Großbritannien, das zumindest ein gutes Zwischenziel präsentierte und seinen Treibhausgasausstoß bis 2035 um 81 Prozent im Vergleich zu 1990 verringern möchte. Im Gegensatz dazu hat die EU kein NDC vorgestellt und muss nun nachliefern.

Nächste Schritte

Nach den durchwachsenen NDCs, die auf der COP29 präsentiert wurden, der Blockade bei den substantiellen GST-Diskussionen und dem enttäuschenden Ergebnis zum NCQG haben viele Länder nun auch die UN-Frist vom 10. Februar 2025 für die Einreichung neuer nationaler Klimaziele verpasst. Es sind schwierige Vorzeichen für den laufenden ersten vollständigen Zyklus zur Steigerung der Ambitionen der nationalen Klimaziele im Rahmen des Pariser Abkommens, der auf der COP30 abgeschlossen wird. Daher ist es essentiell, die Zeit bis dahin zu nutzen und eine positive Dynamik für ehrgeizige Ziele zu schaffen. Folgende Punkte sind dabei wichtig:

- **Starke Signale:** Insbesondere die reichen Industrienationen mit hohen Emissionen stehen in der Verantwortung, ambitioniert zu handeln. Die EU muss hier mit gutem Beispiel vorangehen und sollte unter anderem bis Mitte des Jahres ein Treibhausgasreduktionsziel von 90 bis 95 Prozent bis 2040 gegenüber 1990 beschließen.
- **Rechtzeitige Veröffentlichung:** Alle NDCs, insbesondere aber die der großen Emittenten wie China, Indien und der EU, sollten rechtzeitig veröffentlicht werden, um in den nächsten NDC-Synthesebericht einfließen zu können. Ambitionssteigerung auf der COP30 darstellen.
- **Stärkung des internationalen Vertrauens:** Bi- und plurilaterale Kanäle und Formate wie der Petersberger Klimadialog, das Ministerial on Climate Action (MoCA) und die Vorverhandlungen zur COP30 in Bonn (SB62) sind geeignet, verloren gegangenes Vertrauen in die internationale Zusammenarbeit wiederherzustellen. Als Vermittler zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden kommt Brasilien hier im Vorfeld der COP30-Präsidentschaft eine wichtige Rolle zu, auch im Rahmen der „Road to Belém“.
- **Ausbau der NDC-Diplomatie:** Eine Ausweitung der Unterstützung für die Entwicklung und Umsetzung der NDCs im Global Süden ist im Nachgang des NCQG von entscheidender Bedeutung. Dies könnte zum Beispiel durch eine bessere Ausstattung und eine intensivere Nutzung von NDC-Partnerschaften geschehen.

ARBEITSPROGRAMM FÜR EINEN GERECHTEN ÜBERGANG

Die Diskussion auf der COP29 zu einem gerechten Übergang (englisch: Just Transition) im Rahmen des Just Transition Work Programme (JTWP) der UAE (angenommen durch den Beschluss 3/CMA5) endete weder mit einer formellen Entscheidung noch mit einem offiziellen Konsultationsprozess. Stattdessen soll das Thema auf der SB62 in Bonn erneut aufgegriffen werden. Die Gespräche in Baku verliefen ähnlich wie die vorherigen Verhandlungen zu diesem Thema: Industrieländer wie die USA und Entwicklungsländer wie Bolivien, das zur „Bolivarian Alliance for the Peoples of our America“ (ALBA) gehört, konnten sich nicht über den Umfang des Programms einigen. Viele Entwicklungsländer aus der Verhandlungsgruppe G77+China äußerten ihre Unzufriedenheit

darüber, dass ein umfassender und fairer Rahmen für einen gerechten Übergang fehlt und dass der Handel nicht ausreichend berücksichtigt wird. Zusätzlich sprachen sich die LMDC und die Arabische Gruppe gegen die Verweise auf GST-Ergebnisse im JTWP-Text aus. Auch Verweise auf den Ausstieg aus fossilen Brennstoffen fehlten im endgültigen Entwurf. Darüber hinaus hat der „Hands-off“-Ansatz der COP29-Präsidentschaft nicht dazu beigetragen, die Diskussion voranzubringen.

Nächste Schritte

- Die Staaten sollten so schnell wie möglich die einfach zu lösenden Probleme und die seit langem bestehenden Herausforderungen, wie das Problem des Geltungsbereichs, angehen. Ein intensiverer informeller Dialog während der SB62 könnte dabei helfen, ein substanzielleres Ergebnis zu erzielen.
- Das JTWP braucht mehr Raum, sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinne. Mehrere Staaten haben gezeigt, dass sie arbeiten wollen und den Ehrgeiz haben, die Verhandlungen abzuschließen. In den letzten Verhandlungstagen zeichnete sich sogar ein Kompromiss ab, aber da es keinen Raum mehr gab, um den Text durchzugehen oder zu verhandeln, konnte kein Konsens erzielt werden.
- Bisher wurde nur eine Einladung an die Staaten, Beobachter und andere Nichtvertragsparteien ausgesprochen, ihre Stellungnahmen bis zum 15. Februar 2025 zu übermitteln. Der genaue Termin für den folgenden dritten Dialog steht noch nicht fest und soll im Anschluss an die SB62 stattfinden. Das Thema des Dialogs wird anhand der eingereichten Beiträge festgelegt.

3. Globales Anpassungsziel

Zur Vorbereitung von entscheidenden Beschlüssen zum Globalen Anpassungsziel (GGA) in diesem Jahr standen zwei Themen im Mittelpunkt der COP29:

1. Die Integration von Finanz-, Technologie- und Kapazitätsunterstützung in das UAE-Rahmenwerk für globale Klimaresilienz
2. Die Vorbereitung einer Entscheidung zu den Anpassungsindikatoren auf der COP30

Die Verhandlungen in Baku begannen vielversprechend und konzentrierten sich auf die technischen Grundlagen, einschließlich der Kriterien für die Indikatoren. In der zweiten Woche führten jedoch Verzögerungen bei den NCQG-Verhandlungen zu vagen Formulierungen bei der Finanzierungsfrage, was auch den GGA-Prozess beeinträchtigte. Zudem wurde das Thema der transformativen Anpassung vertagt. Damit wurden bei der Entwicklung von Indikatoren zur Messung des GGA lediglich prozedurale Fortschritte erzielt, während inhaltliche Sprünge ausblieben.

Trotzdem wurde in Baku ein klarer Fahrplan bis zur COP30 beschlossen. Ein wichtiger Meilenstein war dabei die Einigung auf die Baku Adaptation Roadmap, die dazu beitragen soll, das GGA über die COP30 hinaus umzusetzen. Doch während die grundlegenden Elemente des GGA allmählich Gestalt annehmen, fehlen weiterhin entscheidende Details und konkrete Strategien.

Insbesondere folgende wichtige Fragen bleiben offen:

- Wie können NDCs und NAPs wirksam mit der Umsetzung des GGA verknüpft werden?
- Wie kann die Rechenschaftspflicht bei einer freiwilligen Berichterstattung über Anpassungsindikatoren gewährleistet werden?
- Wie wird das NCQG die Mittelverteilung zwischen Anpassung und Klimaschutz priorisieren?

Angesichts der sich verschärfenden Auswirkungen der Klimakrise sind die derzeitigen Rahmenwerke und theoretischen Pläne unzureichend. Die Vertragsstaaten müssen dringend politischen Willen zeigen, um tragfähige Strategien, finanzielle Verpflichtungen und konkrete Maßnahmen vor Ort voranzutreiben. Andernfalls bleibt das GGA ein leeres Versprechen – und gefährdet insbesondere jene Menschen und Ökosysteme, die bereits heute unter den Folgen der Klimakrise leiden.

Nächste Schritte

- **Verabschiedung eines GGA-Indikatorensets:** Ein Set von Indikatoren für die auf der COP28 in Dubai beschlossenen Unterziele im UAE Framework for Global Climate Resilience soll für die Verabschiedung auf der COP30 vorbereitet werden.
- **Stärkung der internationalen Unterstützung:** Im UAE Framework for Global Climate Resilience sind weitere spezifische Unterziele zu definieren, insbesondere zur Finanzierung.
- **Nationale Anpassungspläne (NAPs):** Bis Ende 2025 sollten alle Länder über konkrete und detaillierte NAPs verfügen.
- **Integration von Anpassungszielen in nationale Klimabeiträge (NDCs):** Die Kernelemente der NAPs sollten in die NDCs einfließen, um die Anpassung systematisch zu verankern.
- **Weiterentwicklung des Konzepts der transformativen Anpassung:** Ziel ist eine präzisere Konzeptualisierung von transformativer Anpassung, vergleichbar mit dem Just-Transition-Ansatz im Klimaschutz. Gemeinsam können transformative Anpassung und Just Transition eine gerechte und gesamtgesellschaftliche Resilienz sowie Dekarbonisierung im Einklang mit den SDGs fördern. Auch thematisch sollten die beiden Konzepte besser miteinander verknüpft werden, etwa durch den Einsatz erneuerbarer Energien zur Unterstützung von Anpassungsmaßnahmen, sollte weiter gestärkt werden.

4. Verluste und Schäden

Im Hinblick auf Verluste und Schäden blieb die COP29 weit hinter den Erwartungen zurück. Ein wichtiger Grund dafür war die fehlende Verankerung des Bereichs Verluste und Schäden in das neue Klimafinanzierungsziel, das auf der COP29 beschlossen wurde (siehe oben). Damit wird die Chance vertan, dem Pariser Abkommen gerecht zu werden, das Verluste und Schäden als dritte Säule neben Anpassung und Minderung etabliert hatte. Ohne die Verankerung von Verlusten und Schäden im neuen Klimafinanzierungsziel fehlen jedoch klare rechtliche Verpflichtungen für reiche Länder, finanzielle Mittel zur Bewältigung von Verlusten und Schäden bereitzustellen. Zudem bleibt unklar, wie umfangreich diese Finanzierung ausfallen sollte. Zwar nennt der Entscheidungstext zum NCQG den Fonds für Verluste und Schäden als möglichen Auszahlungskanal, aber ohne feste Verankerung im Ziel fehlt die notwendige Durchsetzungskraft.

Auch bei der Kapitalisierung des Fonds für Verluste und Schäden selbst wurden keine wesentlichen Fortschritte erzielt. Gab es 2023 noch Zusagen in Höhe von 702 Millionen Dollar, so wurden auf dieser COP nur zusätzliche 56 Millionen Dollar zugesagt (Schweden: circa 18 Millionen, Australien: circa 31 Millionen, Neuseeland: circa 6 Millionen). Die Ausstattung des Fonds bleibt damit erheblich hinter dem tatsächlichen Finanzierungsbedarf zurück.

Auf der COP29 wurde außerdem der „High Level Dialogue (HLD) on Complementarity and Coherence co-convened by the Fund for Responding to Loss and Damage“ ins Leben gerufen, der gemeinsam vom Fonds zur Bewältigung von Verlusten und Schäden und dem Generalsekretär der Vereinten Nationen ausgerichtet wird. Dieser Dialog soll künftig jährlich stattfinden und Empfehlungen für die Ziele der Finanzierungsvereinbarungen (inklusive relevanter Fonds und Akteure) im Bereich Verluste und Schäden aussprechen. Der HLD setzt sich aus maximal 30 Repräsentant:innen von Institutionen zusammen, die unter die Finanzierungsvereinbarungen fallen. Leider war der Start nicht sehr inklusiv, da nur eine Person pro CSO constituency teilnehmen durfte. Zudem fehlte durch die Aneinanderreihung von Statements der Dialogcharakter der Veranstaltung. Der nächste Dialog, der im April stattfinden wird, soll laut Ausrichter:innen inklusiver gestaltet werden.

Bei der Überprüfung des Warschauer Internationalen Mechanismus (WIM) sowie der Berichte seines Exekutivkomitees (ExCom) und des Santiago Netzwerks (SNLD) wurden keine inhaltlichen Fortschritte erzielt. Ein wesentlicher Streitpunkt dabei war der Standort des Sekretariats des SNLD. Kenia beantragte, das bereits in Genf ansässige Sekretariat in ein Land des Globalen Südens zu verlegen. Eine Reihe von Ländern, darunter Vanuatu, Kenia und die G77+China, forderten zudem die Einführung eines regelmäßigen „Gap-Reports“ für den Bereich Verluste und Schäden. Dieser Gap-Report soll – ähnlich wie die bereits existierenden Berichte zu Minderung und Anpassung, die vom UN-Umweltprogramm (UNEP) veröffentlicht werden – aufzeigen, welche Lücken in finanzieller, technischer und kapazitiver Hinsicht bestehen. Länder des Globalen Nordens wie Australien, die USA oder die Europäische Union unterstützen diese Forderung jedoch nicht.

Nächste Schritte



Die Überprüfung des WIM sowie der Berichte des ExComs und des SNLD müssen auf den Zwischenverhandlungen in Bonn im Juni 2025 entschieden werden.



Der FRLD muss bis 2025 auszahlbereit sein, Modalitäten für den Direktzugang priorisieren sowie eine Strategie zur Auffüllung des Fonds vorlegen.



Der nächste HLD Ende April am Rande der Frühlingsmeetings der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds muss inklusiver gestaltet werden.

5. Ernährungssysteme

Ernährungssysteme sind massiv vom Klimawandel betroffen und heizen gleichzeitig durch ihre hohen Emissionen selbst die Erderwärmung an. So sind weltweit bis zu einem Drittel aller vom Menschen verursachten Emissionen auf unsere Ernährungssysteme zurückzuführen. Die Transformation der Ernährungssysteme ist daher entscheidend für das Erreichen der Pariser Klimaziele. Um weltweite Ernteverluste und weitere Ernährungskrisen zu verhindern, sollten sowohl die hohen Emissionen aus der industriellen Land- und Tierhaltung in den Industrienationen reduziert als auch Anpassungsstrategien an den Klimawandel entwickelt werden. Folgerichtig waren Ernährungssysteme auf der COP29 Bestandteil vieler Diskussionen und Initiativen. Konkrete Verhandlungsergebnisse blieben jedoch leider die Ausnahme. Das zivilgesellschaftliche Engagement war dagegen bemerkenswert hoch – der „Action on Food Hub“ wurde zur zentralen Anlaufstelle für die Food Systems & Climate Community und bot Raum für zahlreiche hochwertige Diskussionen und strategische Vernetzungsrunden.

Im Rahmen der Verhandlungen über ein neues Klimafinanzierungsziel wurde hinsichtlich der Transformation unserer Ernährungssysteme nichts Entscheidendes auf den Weg gebracht. Fortschritte in diesem Bereich sind aber zukünftig unerlässlich, da derzeit nur ein Bruchteil der Klimafinanzierung in die Landwirtschaft fließt. Daher wird es 2025 auch verstärkt darum gehen, die Sichtbarkeit von Ernährungssystemen in der Klimafinanzierung zu erhöhen. Wie erwartet wurde – im Rahmen des für Landwirtschaft und Ernährungssicherung zuständigen Verhandlungsstrangs „Sharm el-Sheikh joint work on implementation of climate action on agriculture and food security“ – nur die Weiterentwicklung eines Online-Portals zur Vorstellung von Projekten und Strategien beschlossen. Dieser kleinteilige Prozess ist jedoch weit entfernt von den umfassenden Veränderungen, die es angesichts der Klimarelevanz des Sektors in Zukunft braucht. Eine neue Erklärung zur Reduzierung von Methanemissionen sieht für den Agrar- und Ernährungssektor nur die Verringerung von Emissionen aus organischen Abfällen vor. Immerhin wurde diese Erklärung von der Mehrheit der größten Emittenten unterzeichnet.

Nächste Schritte

Die Transformation unserer Ernährungssysteme – mit dem Ziel der Ernährungssicherung innerhalb der planetaren Grenzen – erfordert eine globale Verständigung über die Notwendigkeit von Emissionsreduktionen und darauf abgestimmte verbindliche Ziele und Maßnahmen in den neuen NDCs 3.0. Obwohl die Landwirtschaft in den bisherigen NDCs häufig thematisiert wurde, waren die entsprechenden Maßnahmen zur Emissionsminderung nicht ambitioniert genug und deckten zudem nicht alle Emissionen entlang der Lieferkette ab.

Bei den SB62 Intersessionals in Bonn steht im Rahmen des Sharm-el-Sheikh-Prozesses ein Workshop* zu systemischen und holistischen Ansätzen zur Umsetzung von Klimaschutz in der Landwirtschaft auf der Agenda. Die Zivilgesellschaft wird sicherstellen, dass der Zusammenhang zwischen Klima und Ernährungssystemen auf dem Weg zur COP30 in Belém weiterhin im Fokus bleibt. Die brasilianische COP-Präsidentschaft hat unter anderem Bioökonomie, Ernährungssicherheit und Agrarreformen als Schwerpunkte angekündigt.

*Systemic and Holistic Approaches to Implementation of Climate Action on Agriculture, Food Systems and Food Security, Understanding, Cooperation, and Integration into Plans.

Ausblick

Die COP30 findet im November 2025 im brasilianischen Belém statt. Hier soll der erste vollständige Zyklus für die Ambitionssteigerung des Pariser Abkommens abgeschlossen werden. Im Zentrum steht dabei die Frage, wie die Welt basierend auf den neuen NDCs auf einen 1,5-Grad-Pfad – oder zumindest auf einen Paris-kompatiblen Pfad – gebracht werden kann. Die neuen Klimapläne sollten eigentlich bis spätestens Februar 2025 vorliegen. Mehr als die Hälfte der Staaten – darunter Indien, China und die EU – haben die Frist der Vereinten Nationen jedoch nicht eingehalten. Angesichts der Tatsache, dass es noch nie so viele Wahlen und neue Regierungen wie 2024 gab, ist eine gewisse Verzögerung aber nicht verwunderlich. Wichtig ist, dass alle Staaten ihre Ziele deutlich vor der nächsten Klimakonferenz im November in Brasilien veröffentlichen. Denn die Devise lautet: Lieber ein paar Monate später ambitionierte Klimaziele vorlegen als pünktlich, dafür aber weniger konsequent. Dabei müssen vor allem große Emittenten wie die EU und China mit ehrgeizigen Klimaplänen vorangehen und ein Zeichen setzen – für eine möglichst 1,5-Grad-kompatible Klimapolitik, eine effektive internationale Zusammenarbeit im Klimaschutz und Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens.

Denn die USA sind unter Präsident Trump aus dem Pariser Abkommen ausgetreten. Sie haben jedoch das Recht, bis zu einem Jahr nach Austritt an den Verhandlungen teilzunehmen. Die US-Regierung könnte dies in 2025 möglicherweise für Störmanöver nutzen. Zudem basieren einige Teile der COP auf der Klimarahmenkonvention und nicht auf dem Pariser Klimaabkommen, was der US-Regierung weiterhin die Teilnahme an diesen Verhandlungen ermöglicht – im Ernstfall destruktiv. Angesichts dieser Umstände wird es in den kommenden Jahren

herausfordernd sein, im Rahmen des UNFCCC-Prozesses konsensbasierte Entscheidungen zu treffen. Daher wird es zunehmend wichtig, die internationale Klimadebatte auch in weiteren Foren zu beleben. Besonders von chinesischer Seite wurde eine stärkere Rolle des MoCA gefordert – des jährlichen Ministertreffens wichtiger Staaten und Verhandlungsgruppen, das 2017 als Reaktion auf die erste Wahl Trumps ins Leben gerufen wurde.

Die Hoffnungen auf Brasilien als ambitionierten und transparenten COP-Gastgeber sind groß, und gleichzeitig wird das Land den Vorsitz der BRICS+ (Vereinigung der Staaten Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika + weitere) übernehmen. Die COP-Troika (VAE, Aserbaidshan, Brasilien) ist gefordert, mit der „Roadmap to Mission 1.5“ die Ambition weiter zu steigern. Bis zur Konferenz in Belém muss zudem geklärt werden, wie die „Roadmap Baku-Belém“ tatsächlich zu einer Erhöhung der Klimafinanzierung, insbesondere zu den nötigen 1,3 Billionen Dollar, führen kann. Es ist auch entscheidend, wie eine langfristig zuverlässige Finanzierung für Verluste und Schäden sichergestellt werden kann, da hierfür eine rechtliche Verankerung im NCQG fehlt. Um die besonders verwundbaren Entwicklungsländer bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels zu unterstützen, müssen auf der COP30 nicht zuletzt die Indikatoren für das Globale Anpassungsziel festgelegt werden. Darüber hinaus wird die Reform der internationalen Finanzarchitektur als zentrale Maßnahme zur Erhöhung der Mittel für die internationale Klimafinanzierung an Bedeutung gewinnen. In diesem Zusammenhang wird die „Finance for Development“-Konferenz in Spanien Mitte 2025 einen wichtigen Meilenstein darstellen.

Autor:innen: Laura Schäfer, David Ryfisch, Petter Lyden, Lina Ahmed, Katharina Brandt, Lalit Chennamaneni, Felix Domke, Vera Künzel, Kerstin Opfer, Giovanni Pradipta, Lisa Schultheiß, Rixa Schwarz.

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228/60 492-0

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30/28 88 356-0

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

März 2025

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/93091

Mit finanzieller Unterstützung von Brot für die Welt. Für den Inhalt ist alleine Germanwatch verantwortlich.

Brot
für die Welt

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes